



Pressemitteilung

22. Juni 2018

Heckler & Koch sagt Hauptversammlung ab

- **Skandalumwitterter Kleinwaffenproduzent verschiebt Hauptversammlung wegen "unerwartet hoher Teilnehmerzahl"**
- **Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch kritisieren im Gegenantrag Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten**

Köln, 22.06.2018. Der Waffenhersteller Heckler & Koch hat kurzfristig seine ordentliche Hauptversammlung für den 26.06.2018 abgesagt und auf einen unbekanntem Termin verschoben. Als Grund nennt der Vorstand in einer eiligen Mitteilung an die Aktionäre eine „unerwartet hohe Anmeldezahl“ zur Hauptversammlung. Diese würde die "Erwartungen und Erfahrungswerte der letzten Jahre und den für die Hauptversammlung vorgesehenen Rahmen" übersteigen. Ein neuer Termin wurde vom Vorstand nicht genannt.

Für den Kritischen Aktionär Paul Russmann ist dies ein unverschämtes Vorgehen: **"Heckler & Koch exportiert Waffen in die ganze Welt, schafft es aber nicht, eine Hauptversammlung mit drei bis vier Dutzend Aktionären durchzuführen."** Erst gestern habe er die Eintrittskarte erhalten, heute dann die Absage. **"Ob die organisatorischen Gründe nur vorgeschoben sind?"**, fragt sich Russmann.

Rüstungsgegner Jürgen Grässlin der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch hat zur Hauptversammlung einen Gegenantrag auf Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat gestellt. Er kritisiert **die 2017 fortgeführten Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten wie Indonesien und Malaysia**. Seit letztem Jahr haben etliche Friedensaktivisten Aktien des Waffenherstellers erworben, um mit ihrem Rede- und Stimmrecht den Druck auf den Vorstand zu erhöhen, die Exporte zu beenden.

Der Aufsichtsrat hat sich zudem gegen den Vorschlag der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch entschieden, einen Opferfonds einzurichten. **"Angesichts der Bedürftigkeit und Notlage unzähliger Menschen, die unter den Folgen der skrupellosen Exportpolitik von Heckler & Koch leiden, ist diese Negierung von Verantwortung nicht nachvollziehbar"**, so Jürgen Grässlin.

Derzeit läuft in Stuttgart der Prozess gegen frühere Mitarbeiter der Rüstungsfirma, die sich wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz verantworten müssen. Von 2006 bis 2009 wurden 4702 G36-Sturmgewehren in vier verbotene Unruheprovinzen Mexikos geliefert.

Gegenantrag von Jürgen Grässlin

Pressekontakt:

Paul Russmann, Tel. 0711 2367567, paul.russmann@online.de



www.kritischeaktionaeere.de

Impressum:

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Postfach 30 03 07, 50773 Köln
Pellenzstr. 39 (Hinterhaus), 50823 Köln

***Sie möchten unseren Newsletter nicht mehr erhalten?
Newsletter abbestellen***